links so
Mitgliederzeitung der SP Kanton Solothurn
142 Januar 2014

SVP-INITIATIVE
MOGELPACKUNG
Seite 11

LEGISLATURPLAN 2013–2017

Sozial- und bildungspolitische Korrekturen

Die SP-Kantonsratsfraktion hat vier Vorstösse eingereicht, um den im Oktober vom Regierungsrat verabschiedeten Legislaturplan 2013–2017 mitzugestalten.

Der Legislaturplan ist das oberste politische Planungs- und Steuerungsinstrument des Regierungsrates. Darin legt er seine politischen Schwerpunkte für die laufende Legislatur fest. Der Kantonsrat nimmt den regierungsrätlichen Legislaturplan formell zwar nur zur Kenntnis. Mit dem Instrument des Planungsbeschlusses kann das Parlament jedoch auf den Legislaturplan Einfluss nehmen und den Regierungsrat beauftragen, eine Staatsaufgabe in eine bestimmte Richtung hin zu entwickeln.

Planungsbeschlüsse der SP-Fraktion
Auch die SP-Fraktion ist bestrebt, mittels Planungsbeschlüssen die politische Schwerpunktpunktsetzung des Regierungsrats zu beeinflussen. Dafür hat sie vier Planungsbeschlüsse eingereicht, über die anfangs 2014 im Ratsplenum entschieden wird.

Bildungs- und sozialpolitische Forderungen
Im Bildungsbereich verlangt die SP vom Regierungsrat eine Strategie zur Sicherung des dualen Bildungssystems. Dabei soll insbesondere der Einstieg aus den verschiedenen Sek I-Stufen in die Berufsbildung gefördert werden. Zur Freude der SP-Fraktion beantragt die Regierung dem Kantonsrat, diesen Planungsbeschluss für erheblich zu erklären. Im Sozialbereich fordern wir vom Regierungsrat, das Modell der Prämienverbilligung so auszugestalten, dass die Prämienlast für alle Versicherten in bescheidenen wirtschaftlichen Verhältnissen reduziert wird. Dabei muss sich die Aufmerksamkeit insbesondere auf die Prämien von Alleinstehenden mit kleinem Einkommen richten, die heute nur ungenügend verbilligt werden. Ferner soll der Regierungsrat eine Anhebung der Steuerfreigrenze für kleine Einkommen prüfen, weil die Steuerbelastung im Kanton Solothurn für Wenigverdienende überdurchschnittlich hoch ist. Und schliesslich fordert die SP vom Regierungsrat, die Familienzulagen zu erhöhen. Die angespannte finanzielle Lage des Kantons darf nicht dazu führen, dass die soziale Frage aus der politischen Diskussion ausgeklammert wird.

Die angespannte finanzielle Lage darf nicht dazu führen, dass die soziale Frage aus der politischen Diskussion ausgeklammert wird.

Anna Rüefli, Solothurn
Kantonsrätin und Fraktionsvizepräsidentin
anna.ruefli@gmx.ch

MEIN STANDPUNKT

Zurück zur «Winterhilfe»?

Im letzten Jahr gab der sogenannte Fall «Berikon» im Bereich der Sozialhilfe viel zu diskutieren. Zur Erinnerung: Ein arbeitsloser, arbeitsfähiger junger Sozialhilfebezüger verweigerte die Arbeitsaufnahme, worauf ihm die zuständige Sozialbehörde die Unterstützung gestrichen hatte. Das Bundesgericht hob den Entscheid auf. Es hagelte Proteste. Die Diskussionen in der Presse warfen grosse Wellen. Was dabei unterging: Das Bundesgericht hatte den Entscheid nur aus formellen Gründen aufgehoben, weil nämlich das rechtliche Gehör nicht richtig gewährt worden war. Etwas, das bei einem derart starken Eingriff in die Existenz in unserem Rechtssystem zwingend ist. Gleichzeitig hatte es zu Recht aber auch festgehalten, dass eine Kürzung möglich sei.
Landauf und landab spriessen nun Vorstösse aus den politischen Schatullen, die entweder den Austritt aus der SKOS, der Schweizerischen Konferenz für öffentliche Sozialhilfe, fordern oder Kantone und Gemeinden dazu bewegen wollen, die Richtlinien nicht anzuwenden. Aus der Debatte um einen Einzelfall ist eine ideologische Debatte über die Notwendigkeit und die Höhe der Unterstützung für Sozialhilfebezügerinnen geworden,- leider. Es kommt denn auch nie gut, wenn man aus Einzelfällen allgemeingültige Regelungen treffen will. Die SKOS-Richtlinien sind eine sozialpolitische Errungenschaft, die aus der Praxis der Gemeinden und Kantone entstanden sind. Wenn wir die politischen Kräfteverhältnisse in der Schweiz anschauen, dann kann ja wohl niemand behaupten, dass diese ein allein „linkes" Projekt sind. Sie gewährleisten in der Schweiz eine gleichmässige Rechtsanwendung, die insbesondere den Sozialtourismus vermeidet, wobei die Kantone eigenständig entscheiden können, in welchem Umfang sie diese anwenden wollen. Die Richtlinien sind im Laufe der Zeit auch immer wieder überarbeitet worden, um der Dynamik der Entwicklung gerecht zu werden. Im Kanton Solothurn sind diese zwar verbindlich, die Regierung kann aber sinnvolle Abweichungen beschliessen. Das will sie auch tun, beispielsweise, um den Anreiz für Jugendliche zu erhalten, eine Ausbildung zu beenden und stärkere Kürzungen vornehmen zu können, wo Arbeit zu Unrecht verweigert wird. Politisch wäre nicht die Verabschiedung von den SKOS-Richtlinien notwendig, sondern die Verankerung der wichtigsten Unterstützungsgrundsätze in einem gesamtschweizerischen Kontext. Niemand will doch ernsthaft zurück zur «Winterhilfe» oder ins sozialpolitische Niemandsland. Dabei müsste man das Heil nicht beim Bund suchen, wie dies mit einem Bundesrahmengesetz zur Sozialhilfe angestrengt wird. Die Kantone könnten das auch in einem Konkordat tun, um den föderalen Strukturen gerecht zu werden.

Peter Gomm, Regierungsrat
peter.gomm@ddi.so.ch

BORIS BANGA TRITT AB VON DER POLITISCHEN BÜHNE

Ein engagierter Sozialdemokrat mit Ecken und Kanten

Mit dem Jahreswechsel endete das Mandat von Boris Banga als Stadtpräsident von Grenchen, das er 23 Jahre engagiert und erfolgreich ausgeübt hatte. Der politische Ruhestand ist unfreiwillig. Boris zeigte sich aber nach der knapp verpassten Wiederwahl souverän und meinte, Aschi Leuenberger zitierend: «Bescheiden im Sieg, stolz in der Niederlage». Trotzdem: Die grossen Verdienste und Leistungen von Boris, sei es in Grenchen, auf kantonaler oder nationaler Ebene, die bleiben bestehen.

Zupackend und direkt

Boris agierte als Vollblutpolitiker, mit Ecken und Kanten, als einer der zupackte, der etwas Konkretes erreichen wollte. Stromlinienförmig und pflegeleicht war er nicht. Er sagte, was er dachte, vielleicht ab und zu etwas sehr direkt und wenig diplomatisch. Seine direkte Art machte ihn nicht nur beliebt, weder in der Partei noch ausserhalb.

Engagierter Praktiker

Als ich ihn die ersten Male erlebte an Parteianlässen in den 80er-Jahren war mir der selbst- und machtbewusste Mann etwas suspekt. Ich ordnete ihn ein unter «rechter Flügel, muss man im Auge behalten». In der Folge hatte ich mit Boris Kontakt im Kantonsrat und als Mitarbeiter der Parlamentsdienste auch im Nationalrat. Mein Urteil konnte ich rasch korrigieren. Boris war ein engagierter, talentierter und durch und durch sozialdemokratischer Parlamentarier und Politiker. Einer der nah am Volk war, die Anliegen der einfachen Leute aufnahm und sich wirkungsvoll dafür einsetzte. Das Streben nach gerechten Verhältnissen war für ihn zentral. Dabei war ihm die Praxis wichtiger als die Parteiideologie. So ging es ihm zum Beispiel bei der landesweit diskutierten Forderung nach einem Kopftuchverbot an den Schulen um Integration und Chancengleichheit - durchaus sozialdemokratische Anliegen. Und dass der Feuerwehrsold dank Boris landesweit nun steuerfrei wird, ist nichts als fair.

Langjährige Karriere

Von 1989 bis 1995 war Boris Kantonsrat, unter anderem Präsident der Finanzkommission und auch Präsident der PUK in Sachen Solothurner Kantonalbank. 1995 wurde er in den Nationalrat gewählt. Dort wartete aber niemand auf den kompetenten Grenchner. Statt in der Finanz- oder Wirtschaftskommission landete Boris in der Sicherheitskommission. Er machte das Beste daraus, arbeitete sich in die neuen Dossiers ein, wurde später Kommissionspräsident und zum gefragten Sicherheitsexperten, der nie verlegen war um eine pointierte und druckreife Stellungnahme. Bei den Nationalratswahlen 2003 erzielte Boris das beste Ergebnis im Kanton. 2007 endete seine Zeit in Bern, weil die SP aufgrund ihrer Wählerverluste einen Sitz an die Grünen abtreten musste.

1990 wählten ihn die Grenchnerinnen und Grenchner als Nachfolger von Edi Rothen zum Stadtpäsidenten. Boris setzte sich mit Herzblut und voller Kraft für seine Stadt und die Menschen in Grenchen ein. Seine Verdienste sind enorm und von keiner Seite bestritten. Als besonders bedeutend betrachtet Boris selber die Anbindung der Stadt an die Nationalstrasse N5, den Wakkerpreis 2008 und das Velodrome. Boris nutzte die ihm vom Volk übertragene Macht auf Zeit zum Wohl seiner Mitbürgerinnen und Mitbürger. Seine Rolle sagte ihm zu und er schätzte die Gestaltungsmöglichkeiten seines Amtes sehr. Dass Grenchen sich in den letzten 20 Jahren positiv entwickelt hat ist zu einem wesentlichen Teil dem unermüdlichen Einsatz des Stadtpräsidenten zu verdanken.

Parteipräsident und Schlagzeuger

Auch in der Parteiarbeit übernahm Boris zusätzliche Verpflichtungen. Zusammen mit Christina Tardo leitete er die Kantonalpartei von 1998 bis 2004. In dieser Zeit war die SP bei den Wahlen 1999 und 2003 stärkste Partei im Kanton.

Boris war aber nicht nur ein animal politique, er hat beispielsweise auch musikalisches Talent. Als Jugendlicher und auch viele Jahre später war er als Schlagzeuger tragende Stütze der legendären Rockband «Woodbees».

Das musikalische Handwerk übertrug er auch in die Politik. Ab und zu tüchtig auf die Pauke hauen oder ein tolles Solo hinlegen, das hatte er nicht verlernt.

Nun hat Boris wieder zwei freie Hände, kann sich anderem vermehrt widmen. Da ist seine Partnerin Barbara, drei Hunde, das Kochen, Lesen, Reisen – das steht nun wieder im Vordergrund.

Danke

«Servir und disparaître» hast Du zwar gesagt, lieber Boris. Wir hoffen, dass Du nicht ganz verschwindest und wir Dich ab und zu an Parteianlässen sehen. Für Deinen Service, Deinen Dienst für die Menschen und unsere Partei danken wir Dir herzlich und für Deinen politischen Ruhestand wünschen wir Dir und Barbara alles Gute.

Georg Hasenfratz, alt Kantonsrat, Olten

SVP-INITIATIVE

«Weniger Steuern für alle» ist eine Mogelpackung

Rabatt und weniger Steuern, wer liebt das nicht? Doch das süsse Versprechen «Weniger Steuern für alle», das die Initiative der SVP des Kantons Solothurn der Bevölkerung macht, ist eine Mogelpackung mit bitteren Nebenwirkungen. Die Initiative wird zwangsläufig zu Leistungsabbau führen und genau jene treffen, die am wenigsten von Steuersenkungen profitieren: die kleinen und mittleren Einkommen.

Unter dem verlogenen Slogan «mehr Geld für deine Liebsten» will die SVP allen Steuerzahlerinnen und -zahlern im Kanton Solothurn einen Dauerrabatt zwischen 10 und 15 Prozent gewähren. Das klingt zwar verlockend, hat aber eine sehr unangenehme Kehrseite: Bei einer Annahme der Initiative wird das bereits heute vorhandene Loch in der Staatskasse des Kantons nochmals um die Hälfte grösser: Zum strukturellen Defizit von 150 Millionen pro Jahr kämen zusätzlich rund 76 Millionen Franken dazu.

Dabei zeigt der Blick über die Kantonsgrenzen deutlich, wohin masslose Steuersenkungen führen. So hatten beispielsweise der Kanton Luzern wie auch der Kanton St. Gallen versucht, mit massiven Steuersenkungen punkto Steuerbelastung attraktiver dazustehen. Beide Kantone mussten Leistungen in der Bildung abbauen oder auf die Gemeinden verlagern, Lohnkürzungen und Entlassungen beim Staatspersonal durchführen, Leistungsabbau bei Rentenbezüger und Heimbewohnerinnen vornehmen und die Leistungen im Gesundheitswesen auf ein Minimum beschränken. Als Krönung der verunglückten Aktion mussten die Steuern wieder erhöht werden.

Als Krönung der verunglückten Aktion mussten die Steuern wieder erhöht werden.

Im Kanton St. Gallen wehren sich die Gemeinden nun heftig gegen die unverhältnismässigen Mehrbelastungen und im Kanton Luzern gingen Schüler und Lehrer auf die Strasse. Die beiden Beispiele zeigen auf: Unverhältnismässige Steuerentlastungen führen bei angespannter finanzieller Lage nicht etwa zu einem effizienteren Staat, wie gewisse Leute uns weismachen möchten, sondern ganz einfach zu einschneidendem Leistungsabbau in den Bereichen Bildung, Gesundheit und Soziales. Auch wenn die Steuersenkung nicht direkt die Gemeinden betrifft, indirekt sind sie immer betroffen.

Im Kanton Solothurn weist das Budget für 2014 ein Defizit von 112 Millionen Franken aus. Durch das Fehlen der Ausschüttung von Nationalbankgewinnen wird das Loch in der Kasse nun um weitere 21 Millionen Franken vergrössert. Zusätzliche Mindereinnahmen müssten zwangsläufig zu einem viel weitergehenden Leistungsabbau als im aktuellen Massnahmenplan vorgesehen, führen.

Der Kanton Solothurn hat in den vergangenen Jahren sowohl Unternehmen wie auch natürliche Personen steuerlich entlastet und damit Mindereinnahmen in der Grössenordnung von 50 bis 70 Millionen Franken in Kauf genommen. Entlastet wurden dabei in erster Linie hohe Einkommen sowie Vermögende. Wie von der SP damals vorausgesagt, ist das Steuersubstrat, das heisst das durchschnittlich im Kanton Solothurn versteuerte Einkommen, nicht gewachsen. Im Klartext: Seit den Steuersenkungen sind keine Vermögenden oder Gutverdienenden neu in den Kanton Solothurn gezogen. Die Mindereinnahmen sind hingegen eine Tatsache und haben zur Folge, dass die Steuereinnahmen nicht mehr Schritt mit den Ausgaben halten. Unvorhergesehenes wie z. B. das Ausbleiben der Zahlungen der Nationalbank kann nicht mehr aufgefangen werden. Würde nun, wie in der Initiative vorgesehen, ein Rabatt von 10 bis 15 Prozent auf dem Steuerbetrag gewährt, profitierten die Reichen und Vermögenden gleich nochmals überproportional: 30 der rund 76 Mio Franken Steuerrabatt würden an die 10 Prozent sehr gut Verdienenden gehen. Den Leistungsabbau haben hingegen vor allem die kleinen und mittleren Einkommen zu tragen. Deren Budget wird entgegen der Behauptungen der Initianten längerfristig belastet und nicht entlastet. Die SP lehnt die Volksinitiative deshalb ab.

Darüber wird am 9. Februar 2014 abgestimmt Mit der SVP-Initiative «Weniger Steuern für alle» soll in der Verfassung und im Gesetz verankert werden, dass alle natürlichen Personen eine Reduktion beim Steuerbetrag erhalten sollen. Für die ersten 75 000 Franken steuerbares Einkommen soll die Reduktion des Steuerbetrages 15 Prozent betragen, von 75 0001 bis 125 000 Franken steuerbares Einkommen soll sich der Steuerbetrag linear degressiv 15 bis 10 Prozent reduzieren und für den Anteil über 125 000 Franken steuerbares Einkommen sollen 10 Prozent weniger an Steuern bezahlt werden. Eine Annahme der Initiative würde für den Kanton ein jährlicher Steuerausfall in der Höhe von rund 76 Millionen Franken bedeuten. Die Regierung sowie die Mehrheit des Kantonsrates lehnt die Initiative ab, da der Kanton Solothurn keine weiteren Steuerausfälle mehr verkraften kann, Alleinstehende und Konkubinatspaare mehr profitieren als Familien, die Progression ab einem steuerbaren Einkommen von 75 000 Franken unverhältnismässig verschärft wird und hohe Einkommen bereits von tiefen Steuersätzen profitieren. Zudem würde das Steuerrabattsystem das Steuersystem intransparent machen.

Susanne Schaffner-Hess, Kantonsrätin aus Olten
adv.schaffner@bluewin.ch

Gratulation

Regierungsrat **Peter Gomm** bekleidet im Jahr 2014 zum dritten Mal das Amt des Landammanns des Kantons Solothurn. Vizelandammann ist Roland Heim. Peter Gomm ist seit 2005 Regierungsrat und Vorsteher des Departements des Innern. Diesem Departement unterstehen die Ämter für Gesundheit, soziale Sicherheit, öffentliche Sicherheit, Polizei und Justizvollzug. Als Landammann *«leitet er die Sitzungen des Regierungsrat und sorgt dafür, dass Arbeiten zeitgerecht, zweckmässig und koordiniert begonnen und beendet werden. Er kann jederzeit Abklärungen über bestimmte Angelegenheiten anordnen und dem Regierungsrat geeignete Massnahmen vorschlagen.»* (Gesetz über die Organisation des Regierungsrates und der Verwaltung). Neben zahlreichen repräsentativen Aufgaben als Landammann, präsidiert Peter Gomm als Regierungsrat weiterhin die Sozialdirektorenkonferenz, das Schiedsgericht der eidg. AHV/IV-Kommission sowie das Polizeikonkordat der Nordwestschweiz. Die Sozialdemokratische Partei des Kantons Solothurn gratuliert Peter ganz herzlich zu Wahl und wünscht ihrem Regierungsrat für die hohe Pflicht und Ehre viel Kraft und weiterhin eine soziale Hand. *NW*

IMPRESSUM
SP Kanton Solothurn
Rossmarktplatz 1
Postfach 1555, 4502 Solothurn
Telefon 032 622 07 77
E-Mail info@sp-so.ch
Adressänderungen bitte direkt an:
linksabo@spschweiz.ch

AUS DEM KANTONSRAT

Pflegeheimplanung 2020 auf gutem Weg

Mit der Pflegeheimplanung liegt grundsätzlich eine gute Planung vor. Die Aufstockung von 2750 auf

3050 Betten ist vernünftig. Es ist wichtig, dass im stationären Bereich ein gutes Angebot zur Verfügung steht. Eine von der SVP beantragte Reduktion der Bettenzahl auf 2900 wurde glücklicherweise sowohl in der Kommission wie auch im Kantonsrat abgelehnt.

Der von der SP unterstützte Grundsatz, ambulant vor stationär, kommt in der Planung klar zum Ausdruck. Eine Verschiebung vom stationären in den ambulanten Bereich braucht jedoch flankierende Massnahmen. Es muss für alle Menschen möglich sein, im Alter ein gutes und vor allem bezahlbares Angebot nutzen zu können. Dazu sind diverse Angebote auf gutem Weg. Diese reichen aber noch nicht, viele sind in den privaten Bereich verschoben worden und die Finanzierung grösstenteils unklar und gar nicht geregelt. Zudem fehlt eine übergeordnete kantonale Planung des Themas Alter. Die Neuordnung der Aufgabenteilung zwischen Kanton und Gemeinden bietet sich dafür an. Je nach Entwicklung besteht seitens der SP Handlungsbedarf in Form eines Auftrages.
Luzia Stocker, Kantonsrätin aus Olten

Abbau von Sportunterricht verhindern

Überrascht mussten Berufsfachschülerinnen und -schüler sowie Lehrpersonen in Grenchen vor den Sommerferien feststellen, dass der Sportunterricht bei den Abschlussklassen nicht mehr stattfindet. Ebenso entfällt in Solothurn bei den Abschlussklassen der Sportunterricht (ab 2015 auch in Olten), da die durch den Bundesrat verordnete Wiedereinführung noch nicht umgesetzt wurde.

Auch an anderen Klassen wird der Sportunterricht trotz anders lautender Verordnung reduziert durchgeführt. Der Abbau ist umso fragwürdiger, da der Kantonsrat einer Mietlösung für den Berufsschulsport in den Räumlichkeiten der Velodrome Suisse AG, Grenchen letztes Jahr zugestimmt hat. In der Debatte wurden die Vorteile dieses Standortes und die Wichtigkeit der Umsetzung der Bundesvorgabe betont. Dass das Bundesgesetz weiterhin übergangen wird, ist absolut stossend und muss korrigiert werden.
Mathias Stricker, Kantonsrat aus Bettlach

Kleine Einkommen nicht übermässig belasten

Im Kanton Solothurn ist die Steuerbefreiungsgrenze unter dem existenzsichernden Einkommen

angesetzt. In der Antwort zur kleinen Anfrage der SP-Fraktion bestätigt der Regierungsrat diesen Sachverhalt und erklärt auch, warum EL-Bezüger seit 2012 mehr Steuern bezahlen müssen. Seit der Anteil der Prämienverbilligung direkt den Krankenkassen überwiesen wird, rechnet die Steuerverwaltung auch bei EL-Bezügerinnen die Prämienverbilligungsbeiträge beim Versicherungsabzug auf. Für alle andern gilt diese Praxis seit 2008. Hinzu kommt, dass aufgrund der verminderten Abzüge beim steuerbaren Einkommen für viele Rentenbezüger auch der Abzug wegen ungenügendem Einkommen weggefallen ist. Dadurch ist die Steuerbelastung übermässig angestiegen. Der Regierungsrat lehnt aus finanziellen Gründen Steuerentlastungen für kleine Einkommen ab. Die SP-Fraktion verlangt eine Anpassung der Steuerbefreiungsgrenze an das schweizerische Mittel. Steuerzahlende mit kleinem Einkommen sollen nicht dafür büssen, dass die Reichen und Vermögenden in der Vergangenheit übermässig entlastet worden sind.
Susanne Schaffner-Hess, Kantonsrätin aus Olten

Steuerbefreiung für Unternehmen zurückhaltend einsetzen

Wirtschaftsförderer arbeiten diskret hinter verschlossenen Türen und geben keine Details bekannt.

So sagte selbst ein Standortförderer: Wirtschaftsförderung ist erfolgreich, aber intransparent. Mit den Antworten auf meine Interpellation wird eine gewisse Transparenz geschaffen. Aktuell befinden sich 24 Unternehmen in einer Steuererleichterungsphase und es wurden 1484 Arbeitsplätze geschaffen. Ob und wie lange diese Bestand hatten ist nicht klar. Die Subvention pro Arbeitsplatz kann leider nicht berechnet werden. In Studien kam man auf etwa 23 000 Franken und der volkswirtschaftliche Nutzen der Steuerbefreiung ist schwierig nachzuweisen. Die Wichtigkeit des Steuerniveaus und der Steuerbefreiung wird nach Aussagen von Wirtschaftsförderern überschätzt. Wichtiger sind die verkehrstechnische Erschliessung, eine zentrale Lage und damit die Nähe zu den Bildungsstätten und damit die Verfügbarkeit von guten und motivierten Arbeitskräften. Zudem sind kurze Reaktionszeiten, gute Zusammenarbeit und eine flexible Verwaltung entscheidend.
Simon Bürki, Kantonsrat aus Biberist